



BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
T 01 501 65
www.arbeiterkammer.at
DVR 1048384

Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65 Fax 501 65	Datum
-	WP-GSt/Th/Ni	Josef Thoman	DW 2263 DW 2532	21.11.2013

Koordinierter Netzentwicklungsplan 2014-2023; Langfristige Planung 2013 für die Erdgas Verteilernetzinfrastruktur in Österreich für den Zeitraum 2014 – 2023

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum zehnjährigen Koordinierten Netzentwicklungsplan (KNEP) der Gas Connect Austria (GCA) und zur Langfristplanung 2013 (LFP) der Austrian Gas Grid Management AG (AGGM) für das Verteilergebiet Ost.

Sowohl der KNEP als auch der LFP liefern den MarktteilnehmerInnen Informationen darüber, welche wichtigen Infrastrukturprojekte in der Periode 2014 bis 2023 erweitert oder errichtet werden sollen bzw welche Investitionen bereits beschlossen sind. In ihrer Funktion als Marktgebietsmanager (MGM) hat die GCA gemäß § 63 Abs 1 Gaswirtschaftsgesetz (GWG 2011), in Koordination mit den Fernleitungsnetzbetreiber (FLN) und unter Berücksichtigung der langfristigen Planung (LFP) heuer zum zweiten Mal diesen koordinierten Netzentwicklungsplan erstellt. Die AGGM hat – ebenfalls zum zweiten Mal – in ihrer Funktion als Verteilergebietsmanager für das Verteilergebiet Ost eine Langfristplanung für die Verteilerleitungsanlagen gemäß Anlage 1 des GWG 2011 erstellt. Die Langfristplanung für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg bezieht sich nur auf den zukünftig erwarteten Kapazitätsbedarf an den Grenzkoppelungspunkten.

Die Investitionsprojekte im Rahmen des KNEP und des LFP müssen gemäß § 22 Abs 6 GWG 2011 der Regulierungsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Genehmigung führt dazu, dass die damit verbundenen Kosten im Rahmen der Festlegung der Systemnutzungsentgelte gemäß § 69 ff GWG 2011 anzuerkennen sind. Diese Kosten sind somit schlussendlich über die Systemnutzungsentgelte von den Netzbenutzern zu finanzieren. In diesem Zusammenhang ersucht die BAK bei der Festlegung der Systemnutzungsentgelte verstärkt auf eine sozial verträgliche Verteilung zu achten.

Investitionen in den Leitungsausbau, Beseitigung von Kapazitätsengpässen sowie – sofern wirtschaftlich und technisch sinnvoll – die Errichtung von „reverse flows“ sind notwendige Voraussetzungen zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgungssicherheit.

Im Zusammenhang mit dem Marktgebiet Tirol möchte die BAK darauf hinweisen, dass die Schließung der fehlenden Anbindung zwischen dem Marktgebiet Tirol und dem Marktgebiet Ost zu einer wesentlichen Verbesserung der Versorgungssituation der EndverbraucherInnen in Tirol beitragen würde. Darauf wird in der Langfristplanung 2013 allerdings kein Bezug genommen. Die BAK ersucht daher die Errichtung eines Leitungssegments zwischen Hochfilzen und Saalfelden im Hinblick auf die zukünftigen Kapazitätsbedarfe in Tirol zu überprüfen und entsprechend der Ergebnisse in die Langfristplanung aufzunehmen. Dies gilt auch für die Leitungsverbindungen nach Italien über den Brenner und über Reschen sowie im Pustertal nach Osttirol.

Die Überprüfung und Beurteilung der vorgelegten Investitionsprojekte im Hinblick auf die technische Notwendigkeit, die Angemessenheit und die Wirtschaftlichkeit sowie des weiteren Investitionsbedarfs kann nur durch die Energie-Control Austria endgültig vorgenommen werden. Sie hat als Genehmigungsbehörde die Möglichkeit, alle entscheidungsrelevanten Informationen von den Energieunternehmen einzufordern bzw von den wesentlichen Marktakteuren einzuholen. Die BAK ersucht die Regulierungsbehörde diese Möglichkeiten vollinhaltlich auszuschöpfen und die Anregung der BAK hinsichtlich des Marktgebietes Tirol näher zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Rudi Kaske
Präsident
F.d.R.d.A.

Günther Chaloupek
iV des Direktors
F.d.R.d.A.